

Zehn Wahlprüfsteine des NABU Rheinland-Pfalz

36 Fragen an die CDU Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl 2021



Mit rund 62.000 Mitgliedern ist der NABU Rheinland-Pfalz der mitgliederstärkste Naturschutzverband in Rheinland-Pfalz. Themen des Natur- und Klimaschutz spielen eine immer größer werdende Rolle in der Wahlentscheidung der Bürger*innen. Daher wollen wir unseren Mitgliedern im Vorfeld der Landtagswahl ermöglichen sich von den Parteien, die zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz mit einer Landesliste antreten, und ihren Haltungen zu den wichtigsten naturschutzpolitischen Themen des Landes ein Bild zu machen.

Kontakt

NABU Rheinland-Pfalz

Tel. +49 (0)6131.140 39-0
Fax +49 (0)6131.140 39-28
Kontakt@NABU-RLP.de

Wahlprüfstein I: Landwirtschaft

Rund 42 % der Landesfläche werden in Rheinland-Pfalz landwirtschaftlich genutzt. Nicht zuletzt deshalb hat die Landwirtschaft wie kaum ein anderer Bereich großen Einfluss auf die Natur und unsere Umweltgüter Boden, Wasser und Luft. Die zunehmende Intensivierung der Landbewirtschaftung mit hohen Nährstoffüberschüssen und Pestizideinsatz hat leider auch zu großen Belastungen für Artenvielfalt und Umwelt geführt. Die Folge: ein dramatisches Insekten- und Vogelsterben, zu hohe Nitratwerte im Grundwasser und klimaschädliche Emissionen.

Wie will Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung ...

1. ... eine Erhöhung der Biodiversität und Strukturvielfalt in der Agrarlandschaft erreichen?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: Biodiversität ist seit dem Neovitikum bis heute ein Koppelprodukt der Landwirtschaft. Der heutige Status ist die Folge einer langen, gesamtgesellschaftlichen Entwicklung, an der wir alle beteiligt und für die wir alle verantwortlich sind.

Naturschutz ist Gemeinschaftsaufgabe. Natur- und Umweltschutz im ländlichen und urbanen Raum sind wichtige Elemente einer nachhaltigen Klimaschutzpolitik. Wir fördern die Diversifizierung der Kulturlandschaft durch produktionsintegrierte Ausgleichsmaßnahmen und Förderprogramme zur biologischen Vielfalt unserer Kultur-

landschaft, wie z. B. Blühstreifen, Grünlanderhalt, Brachflächen und weniger Flächenversiegelung.

Außerdem werden wir die Landwirtschaft, den Weinbau und den Umweltschutz wieder unter einem gemeinsamen Dach in einem Ministerium vereinen. Damit schaffen wir Doppelstrukturen, unklare Zuständigkeiten und konkurrierende Förderlinien ab. Wir wollen Forschung, Wissenschaft und Praxis besser verzahnen. Wir fördern Wissenstransfer und -austausch. Deshalb setzt sich die CDU für mehr interdisziplinäre Ausbildungs- und Studiengänge ein, die Umweltschutz, Klimaschutz und Landwirtschaft zusammenbringen. Mit praxisnahen Forschungsprojekten arbeiten wir an neuen Wegen, die Naturschutz für Landwirte und die Forstwirtschaft wirtschaftlicher gestalten. Der Einsatz von Drohnen im Weinbau zeigt hier schon erfolgreiche Wege auf.

2. ... die Umsetzung von biodiversitätsfördernden Maßnahmen für Landwirte attraktiver machen?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: Landwirte und Winzer sind Unternehmer, die auskömmlich wirtschaften müssen. Betriebe, die sich für die Erhaltung unserer Kulturlandschaft und die Förderung der biologischen Vielfalt einsetzen, müssen für den damit verbundenen Mehraufwand bezahlt werden. Regional produzierte Lebensmittel helfen lange Transportwege und Verpackungsmaterial zu vermeiden, sie stärken die hiesige Landwirtschaft und tragen zum Natur- und Klimaschutz bei. Die Winzer wollen keine Gängelung, sondern die Unterstützung in Vermarktung, in Werbung auch auf neuen Wegen ob national wie international.

Mit der „Geiz ist geil“-Mentalität und dem Einkaufsdiktat des LEH stehen die Landwirte ökonomisch mit dem Rücken zur Wand. Damit ein landwirtschaftlicher Betrieb zusätzliche Ökoleistungen erbringen kann, muss er zunächst wieder ein ökonomisch stabiler Betrieb werden. Der Vorschlag eines Verhaltenskodex für den Lebensmittelhandel auf Bundesebene ist ein erster Schritt, den wir unterstützen.

3. ... den Grundwasserschutz in der Agrarlandschaft verbessern?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: Ein Baustein zum Schutz des Grundwassers ist der Ausbau von Grundwasserkooperationen mit der Hilfe des Wassercentrs. Um Düngemittel zu reduzieren müssen wir die Akzeptanz beim Verbraucher stärken, auch naturnahe Ware zu kaufen, die mit geringerem Düngeaufwand produziert wurde (gelbes Blatt beim Feldsalat). Aktuell kommt es zu oft vor, dass eine komplette Lieferung bei der Warenannahme des LEH aus optischen Gründen reklamiert wird und auch für die Umwelt teuer produzierte Ware vernichtet wird. Ein wirksames Mittel Grundwasser zu schonen ist die Förderung von Beregnungsverbänden. Die Verbände, wie der Beregnungsverband Vorderpfalz, entnehmen kein Grundwasser, sondern nutzen Uferfiltrate des Rheins zur Bewässerung. Das ist aktiver Grundwasserschutz, weil das oberflächlich durch die Flächenversiegelung zu schnell abfließende Oberflächenwasser wieder in den natürlichen Kreislauf gebracht wird.



NABU-Fazit

Öffentliches Geld für öffentliche Leistung! Es ist wichtig, dass Landwirt*innen Förderungen für die Umsetzung von biodiversitätsfördernden Maßnahmen erhalten. Das Zusammenführen unterschiedlicher Akteur*innen kann gute Lösungen hervorbringen, wie andere Bundesländer (z. B. Niedersachsen) gezeigt haben. Die Landesregierung sollte jetzt die Chance ergreifen, auch ohne den Druck eines Volksbegehrens, einen solchen Weg einzuschlagen.



NABU-Fazit

Die Parteien stimmen mit der Haltung des NABU darin überein, dass Landwirt*innen für biodiversitätsfördernde Maßnahmen mehr finanzielle Anreize erhalten sollten. Es bleibt aber offen, ob sie auch bereit sind, hierfür tatsächlich mehr Mittel als bisher bereitzustellen. Weitere wichtige Aspekte sind Ausbildung und Beratung sowie die Betrachtung der Vermarktungswege, die zurzeit eine nachhaltige Produktion oftmals erschweren.



NABU-Fazit

Hier auf Verbote und verbindliche Regelungen zu setzen scheint aktuell der wirkungsvollste Weg. Besonders belastet ist die Region des intensiven Gemüseanbaus in der Vorderpfalz. Agrarumweltprogramme, die auf Freiwilligkeit beruhen, sind finanziell unattraktiv für die hochertragreichen Flächen des Gemüseanbaus. Preissteigerungen im Einzelhandel erscheinen zunächst reizvoll, würden aber nur zusammen mit verbindlichen Regelungen zur umweltschonenden Produktion tatsächlich Besserungen bewirken.

4. ... eine deutliche Reduktion des Einsatzes von Pestiziden in der Landwirtschaft erreichen?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: Der Einsatz von Pflanzenschutzmittel erfolgt in der Landwirtschaft nach der guten fachlichen Praxis und unter Beachtung der vorgegebenen Grenzwerte. Wir sehen in der Förderung neuer Methoden und von Neuzüchtungen großes Potenzial den Pestizideinsatz in den kommenden Jahren weiter zu verringern. In Verbindung mit einer schonenden Bodenbearbeitung und der Fruchtfolgenanpassung, soll dem Artensterben entgegengewirkt werden. Ein besonderes Augenmerk liegt hierbei beim Anbau von Sonderkulturen.



NABU-Fazit

Ein flächig wirksames Pestizidreduktionsprogramm ist erforderlich. Darin müssen Ziele der Mengen- und Toxizitätsreduktion für unterschiedliche Anbaukulturen formuliert sein. Die Entwicklung neuer Methoden ist nötig, um auch im Obst- und Gemüseanbau Fortschritte zu ermöglichen. Mehr Transparenz zu ausgebrachten Pestizidmengen ist ein hilfreiches Instrument zur Überprüfung der Zielerreichung. Einer Verlagerung der Lebensmittelproduktion ins Ausland, ist mit geeigneten Instrumenten entgegenzuwirken.

Wahlprüfstein II: NATURA 2000 und Gebietschutz

Mit Einführung der Fauna-Flora-Habitat-(FFH) und der Vogelschutzrichtlinie haben sich die EU-Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet, das dramatisch voranschreitende Artensterben zu stoppen und damit zu beginnen, angeschlagene Ökosysteme wiederherzustellen. Die wichtigsten Arten und Lebensraumtypen sollen wieder in einen guten Zustand gebracht werden. Das neben den Vorschriften zum Artenschutz und zur Jagd wichtigste Instrument der Naturschutzrichtlinien ist NATURA 2000, das inzwischen weltweit größte Netzwerk von Schutzgebieten. Zuständig für die Umsetzung von NATURA 2000 in Deutschland sind die Bundesländer, mit Ausnahme der Meeresschutzgebiete in der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ), die in der Kompetenz des Bundes liegen.

Wie will Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung ...

5. ... den konsequenten Schutz der NATURA 2000-Gebiete in Rheinland-Pfalz umsetzen?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: Das Schutzgebietssystem Natura 2000 ist eine der größten Erfolge der europäischen Naturschutzpolitik. Es gilt die ausgewiesenen Schutzgebiete konsequent weiterzuentwickeln, damit wir die Schutzziele erreichen können. Wir unterstützen die konsequente Umsetzung der der Pflege- und Entwicklungsplänen. Der Land- und Forstwirtschaft, sowie Jagd und Fischerei sind wichtige Partner in der erfolgreichen Entwicklung der Gebiete. Schutz durch Nutzung, d.h. es ist entscheidend für den Erfolg, dass sich auch ökonomisch relevante Zusatzeinkommen durch den Landnutzer generieren lassen.



NABU-Fazit

Die Zielerreichung der Europäischen Naturschutzrichtlinien scheitert in erster Linie an einem Umsetzungsdefizit. Eine finanziell ausreichend bestückte Umsetzungsstrategie ist hier dringend erforderlich. Darin enthalten muss auch die Schaffung von Personalstellen sein, damit die Umsetzung der Bewirtschaftungspläne mit Akteur*innen vor Ort besser kommunikativ und inhaltlich begleitet werden kann. Bauliche Eingriffe müssen stärker reglementiert und dürfen nur in Ausnahmen zugelassen werden.

6. ... die Umsetzung der Bewirtschaftungspläne befördern?

*Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: Für die Umsetzung der Bewirtschaftungspläne in Schutzgebieten sind Landwirte und Förster, die Jagd und Fischerei wichtige Partner. Wirtschaftliche Ausfälle durch geänderte Bewirtschaftungsmethoden werden wir finanziell ausgleichen, um so besonders unseren Landwirten eine Zukunft zu bieten. Im Dialog mit Experten*innen aus dem Naturschutz, der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft werden wir die Bewirtschaftungspläne weiter optimieren. Dazu gehört ein landesweit einheitlich organisiertes und durch Experten*innen durchgeführtes Monitoring. Ein gutes Monitoring ist ein wichtiger Garant für den Erfolg aller Naturschutzmaßnahmen.*

7. ... das Monitoring der Europäischen Schutzgebiete verbessern?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: siehe 6

8. ... das Schutzgebietsnetz (nicht nur NATURA 2000) in Rheinland-Pfalz weiterentwickeln?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz 8 und 9: Flächenhafte Naturdenkmale, Landschaftsschutzgebiete, Naturschutzgebiete und der Nationalpark Hunsrück-Hochwald sind wichtige Trittsteinbiotope für Tiere und Pflanzen. Sie gilt es miteinander zu vernetzen, sodass der Austausch und die Wanderung von Tieren und Pflanzen wieder möglich sind. Die Vernetzung von Naturräumen ist eine zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Naturschutzpolitik, wichtige Indikatoren sind dafür unsere Großsäuger (Wildkatze, Luchs und Wolf). Die Betreuung und Entwicklung der Schutzgebiete ist zu stärken. Dazu müssen finanzielle und personelle Ressourcen wo nötig neu geschaffen werden und bestehende Ressourcen besser vernetzt und gemeinsam koordiniert werden. Der ehrenamtliche Naturschutz muss gefördert werden. Die Zusammenarbeit mit allen Beteiligten ist auszubauen.



NABU-Fazit

Häufig kommt es bei der Umsetzung der Bewirtschaftungspläne zu Konflikten mit Nutzer*innen innerhalb der Gebiete. Die Nutzung ist oftmals, insbesondere in den Gebieten des Offenlandes, wichtiger Bestandteil der Schutzgebiete. Um Konflikte zielgerichtet aufzulösen, ist ein intensiver Dialog mit allen Beteiligten zu stärken.



NABU-Fazit

Das Monitoring, also die regelmäßige Erfassung der Bestände geschützter Arten, ist dringend auszubauen und finanziell gut auszustatten. Rheinland-Pfalz hat insgesamt eine der bundesweit schlechtesten Datenlagen zu Bestandsentwicklungen geschützter Arten. Viel zu oft verlässt man sich auf die Erhebungen durch ehrenamtliche Aktive. Das Monitoring ist zudem so auszubauen, dass Aussagen über die Bestandsentwicklungen auf Landesebene möglich sind.



NABU-Fazit

Die Vernetzung der Schutzgebiete muss gefördert werden, aber auch die Neuausweisung von Schutzgebieten darf nicht länger ein Tabu sein. RLP ist mit gerade 2 % der Landesfläche, die als Naturschutzgebiet ausgewiesen sind, Schlusslicht unter allen Flächenländern bundesweit. Hier besteht enormer Nachholbedarf. Die Einbeziehung verschiedener Akteur*innen in eine landesweite Konzeptionierung ist wünschenswert.

9. ... den Biotopverbund im Land weiterentwickeln?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: siehe 8



NABU-Fazit

Der Biotopverbund muss gestärkt und landesweit durchgängig geplant werden. Nur so können lebensfähige Populationen erhalten werden und Arten sich wieder natürlich ausbreiten. Zwar ist der Biotopverbund auf Ebene der Regionalplanungen verankert, viel zu oft wird er aber durch bauliche Eingriffe dennoch zerschnitten. Die Etablierung von Querungshilfen, wie Grünbrücken, muss konsequent verfolgt werden.

Wahlprüfstein III: Flächenversiegelung

Der Boden erfüllt lebenswichtige Funktionen für unsere Ökosysteme. Mit dem Verbrauch neuer Flächen für Verkehrs- und Siedlungszwecke und zunehmender Versiegelung gehen vor allem die Lebensraumfunktion des Bodens, die Fruchtbarkeit und die Wasserdurchlässigkeit des Bodens verloren. Zu den Folgen zählen der Verlust der Bodenfauna, örtliche Überschwemmungen bei starken Regenfällen, fehlende Grundwasserneubildung sowie städtische Wärmeinseln durch fehlende Verdunstungskälte. Mit den unbebauten Flächen und unversiegelten Böden als endliche Ressource muss also sparsam umgegangen werden.

10. Welche Ziele verfolgt Ihre Partei im Hinblick auf die Flächenversiegelung im Land?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: Unser Ziel ist es die Versiegelung deutlich zu reduzieren und dort womöglich bereits versiegelte Flächen wieder zu öffnen. Es gilt dabei Strategien zu entwickeln für den urbanen Raum, die auch den Wert von Brachflächen für den Natur- und Klimaschutz berücksichtigen. In stark versiegelten Bereichen sind Projekte zu fördern die auf künstlichen geschaffenen Flächen (zum Beispiel Flachdächer größerer Industrieanlagen) eine ökologisch nachhaltige Dachbegrünung initiieren. Die wertvollen Böden unserer Agrarlandschaft sind zu schützen. Ihre Funktion für die Produktion gesunder Nahrungsmittel, den Klimaschutz und für die Erhaltung der biologischen Vielfalt ist in den Mittelpunkt aller Entscheidungen zu stellen. Unsere Wälder leisten einen wertvollen Beitrag für den Klimaschutz und für die ökologische Vielfalt in unserem Lande. Sie sind wichtige Quellen nachwachsender Rohstoffe und haben daher höchste Priorität. Eine Flächenversiegelung stellt hier immer einen besonders schweren Eingriff dar, der sorgfältig geprüft werden muss.



NABU-Fazit

Das Ziel einer neutralen Flächenbilanz muss ambitioniert verfolgt werden. Hierzu sind landesplanerische Vorgaben mit konkreten Zielsetzungen zu machen. Kommunen müssen dabei begleitet werden, Strategien zur Erreichung neutraler Flächenbilanzen zu entwickeln. Auch ein Verbot von Schottergärten, sowie Grünerhalt- bzw. Begrünungskonzepte sind kommunal umzusetzen.

11. Wie wollen Sie Ihre Ziele umsetzen?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: s. Zukunftsgenda der CDU Rheinland-Pfalz



NABU-Fazit

Grundsätzlich fordert auch der NABU eine Innenentwicklung vor der Außenentwicklung. Aber auch in der Innenentwicklung darf wichtiges Stadtgrün nicht der Versiegelung zum Opfer fallen. Ökologische Stadtplanungen müssen einerseits Möglichkeiten zur Nutzung aufzeigen & gleichzeitig ökologischen Ansprüchen gerecht werden. Anreize und Gesetze sind so auszugestalten, dass Aus- & Umbau vor Neubau gefördert wird.

12. Wie steht Ihre Partei zur Fortführung des umstrittenen Paragraphen 13b des BauGB?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: Gerade in unseren Ober- und Mittelzentrum fehlt es an Wohnraum für alle Generationen und Lebenslagen. Mit der Regelung des § 13b im BauGB werden Erleichterungen geschaffen, um die bereits bebauten Ortsränder maßvoll zu erweitern. Dieses Instrument ist bei einem verantwortungsvollen Umgang, ein probates Mittel, Wohnraum zu schaffen. Hier genießen die kommunalen Bauverwaltungen unser Vertrauen, dass § 13 b BauGB zur Abrundung und nicht als Instrument zur Neuerschließung von Baugebieten benutzt wird.

Wir stehen zu dem Grundsatz Innen- vor Außenentwicklung. Insbesondere in den Dörfern ist ein großes Potenzial bereits vorhandene Bauflächen besser zu nutzen. Als CDU ist es uns wichtig, dass jeder die Möglichkeit hat, solange er es möchte selbst bestimmt in den eigenen vier Wänden leben zu können. Wir brauchen daher mehr Beratung und Unterstützung beim Um- und Ausbau von Bestandgebäuden, aber auch mehr Angebote von altersgerechten Wohnungen in den Dörfern, um ältere und alleinstehende Hauseigentümer dazu zu motivieren, ihr Haus zu teilen oder in Verbindung mit einem Umzug im Ort, Familien zur Verfügung zu stellen. Konkret schlägt die CDU vor, dass das Land Familien für den Erwerb und die Sanierung bestehender Bausubstanz jährlich 1.000 Euro Zuschuss zahlt. Mit diesem Zuschuss und den Fördermitteln für Maßnahmen der energieeffizienten Gebäudesanierung, wollen Anreize setzen, von denen Mensch und Umwelt profitieren und unseren Flächenbedarf optimieren.



NABU-Fazit

Aus Sicht des NABU darf §13b BauGB nicht fortgeführt werden und ist abzuschaffen. Vielmehr müssen andere Konzepte entwickelt werden, um bezahlbaren Wohnraum auch im Innenbereich zu ermöglichen. Gerade Ortsränder zeichnen sich oft durch eine hohe Biodiversität aus, weshalb Planungen ohne entsprechende Berücksichtigung des Naturschutzes und Beteiligungsmöglichkeiten abzulehnen sind.

13. Welche Vorstellungen hat Ihre Partei von einer gelungenen Innenentwicklung?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: Anknüpfend an Frage 12. Grünflächen in Städten und Dörfern gilt es zu erhalten und möglichst ökologisch zu gestalten. Wir sehen großes Potenzial Grünflächen im urbanen Bereich mit geeigneten Umgestaltungsmaßnahmen als Lebensräume mit großer Artenvielfalt zu fördern. Sie haben eine wichtige Funktion als Erholungsraum für die Bewohner können gleichzeitig wichtige Vernetzungselemente zur Förderung der biologischen Vielfalt darstellen. Die Vorteile eines verdichteten Bauens zur Verringerung der Flächenversiegelung in den Außenbereichen von Städten und Dörfern ist immer mit den Schutzfunktionen der Flächen für die Menschen, für das Innenklima und die urbane Artenvielfalt. Durch die energetische Sanierung vieler Häuser gehen wichtige Brut- und Ruheräume für verschiedene Tierarten (z. B. Fledermäuse, Mauersegler) verloren. Durch die Förderung von ingenieurbiologischen Maßnahmen werden wir wieder für neuen Brut- und Ruheraum sorgen.

Konkret schlägt die CDU vor, dass das Land Familien für den Erwerb und die Sanierung bestehender Bausubstanz einen Zuschuss zahlt. Mit diesem Zuschuss und den Fördermitteln für Maßnahmen der energieeffizienten Gebäudesanierung, wollen wir Anreize setzen, von denen Mensch und Umwelt profitieren und unseren Flächenbedarf optimieren.



NABU-Fazit

Moderne Dorf- und Stadtentwicklung muss, neben bezahlbarem Wohnraum, ökologische Aspekte mit einbeziehen. Die Nutzung von Bestandsimmobilien muss attraktiver sein als der Neubau am Ortsrand. Städtebauliche Konzepte mit ökologischem Fokus beziehen Grünflächen, Klimaschutz und Artenschutz am Gebäude mit ein und können so ein lebenswerten Wohnraum in Gemeinden ermöglichen.

Wahlprüfstein IV: Waldschutz und nachhaltige Forstwirtschaft

Rheinland-Pfalz ist das walddreichste Bundesland Deutschlands. Gut 42 % der Landesfläche sind bewaldet, weshalb dem Waldschutz, und damit der nachhaltigen Bewirtschaftung von Wäldern hier im Land eine besondere Bedeutung zukommt. Wälder liefern den wichtigen und wertvollen Rohstoff Holz. Sie sind aber nicht nur unter dem Aspekt der Wertstoffgewinnung zu betrachten. Sie sind Lebensraum für unzählige Tier-, Pilz- und Pflanzenarten und spielen eine wichtige Rolle im Klimaschutz, sowohl als CO₂-Senken, als auch in ihrer Funktion im Klimasystem. Der dauerhafte Schutz und Erhalt dieser lebendigen Vielfalt ist ein wichtiges Ziel für die Gesellschaft, schließlich sind auch wir Menschen auf intakte Wald-Ökosysteme angewiesen.

14. Welche Pläne verfolgt Ihre Partei, um unsere Wälder und Forste klimastabiler zu gestalten?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: Um die rheinland-pfälzischen Wälder für uns und kommende Generationen zu erhalten, ist es wichtig, mit gezielten Klimaanpassungsmaßnahmen, wie der Pflanzung klimastabiler Baumarten, unsere Wälder umzubauen. Wir wollen einen Wald, der naturnah und klimastabil ist und den Waldbesitzern weiterhin eine Wertschöpfung garantiert, die abgekoppelt von Holzeinnahmen und Jagdpacht ist. Nur so ist Försterinnen und Förstern ein effektiver und nachhaltiger Waldumbau möglich. Ein ökologischer Waldumbau wird gefördert.

Wir fordern einen Paradigmenwechsel: Waldschutz ist Klimaschutz. Es ist nicht länger zeitgemäß, die verschiedenen Bereiche Forstwirtschaft, Naturschutz, Jagd, Landwirtschaft, Holzindustrie und Tourismus einzeln zu betrachten. Der Erhalt unserer Wälder ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Waldbesitzerinnen und -besitzer leisten einen Beitrag für das Gemeinwohl und zur Daseinsvorsorge. Dies muss honoriert werden. Die Einführung einer Flächenprämie für die CO₂-Speicherleistung ist ein wichtiger Schritt, um den Waldumbau zu finanzieren und eine Wertschöpfung weiterhin zu gewährleisten.

15. Wie sollten Maßnahmen in Staats-, Kommunal- und Privatwald umgesetzt werden?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: Wir müssen Kommunal- und Privatwaldbesitzer mehr unterstützen. Durch Schädlingsbefall und Klimaschäden in den Wäldern stehen Kommunal- und Privatwaldbesitzer vor großen Herausforderungen. Wir wollen unsere Wälder erhalten und die Waldbesitzer dabei unterstützen, indem wir sie bei Revierdienstkosten und den Kosten für Verkehrssicherungspflichten entlasten. Somit ermöglichen wir ihnen mehr finanziellen und personellen Spielraum.

Unsere Försterinnen und Förster arbeiten am Limit. Die Bandbreite der Aufgaben ist enorm und nimmt durch klimatische Veränderungen und Schädlingsbefall immer weiter zu. Daher fordern wir, das Personal in Forstämtern und Waldforschung aufzustocken. Für viele Försterinnen und Förster steht der Naturschutz im Fokus. Deshalb möchten wir Fortbildungs- und Schulungsprogramme in Waldökologie und



NABU-Fazit

Die Klimastabilität der Wälder ist für Rheinland-Pfalz, als walddreichstes Bundesland, ein wichtiges Thema. Naturnaher Waldumbau und die Stärkung des Waldes als Klimaschützer sind wichtige Schritte. Dabei können auch Förderungen Anreize liefern, diese müssen aber an bestehende und hochwertige Zertifikate, wie FSC gekoppelt sein. Höhere Naturschutzstandards sollten im Rahmen einer Förderung auch höher entlohnt werden, damit die gewünschten ökologischen Effekte erzielt werden.

Naturschutz forcieren. Förderprogramme entbürokratisieren – Hürden abbauen. Generell sind Antragsverfahren kompliziert und langwierig. Das bindet viel Personal in Forstämtern und im zuständigen Ministerium. Die Förderprogramme müssen von Bürokratie entschlackt werden. Wir bauen Hürden bei der Beantragung von Mitteln ab und garantieren, dass Geld dort zeitnah ankommt, wo es gebraucht wird.

16. Welche Flächenziele zur natürlichen Waldentwicklung verfolgt Ihre Partei?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: Eine ökologisch fundierte naturnahe Waldentwicklung soll in Rheinland-Pfalz großflächig umgesetzt werden. Besonders dort wo derzeit Waldflächen durch den Klimawandel stark geschädigt sind ist mit dem ökologisch fundierten naturnahen Wald am Bau so schnell wie möglich zu beginnen.

17. Wie möchte Ihre Partei die Biodiversitätsziele in Wäldern erreichen?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: Vertragsnaturschutz im Wald einführen: Um den Naturschutz und die Biodiversität zu fördern, wollen wir im Wald zusätzlich zur Klimaschutz-Flächenprämie ein attraktives Angebot für den Vertragsnaturschutz einführen, orientiert an der Landwirtschaft. Für den Umbau in einen naturnahen, klimastabilen Wald ist es notwendig, die Waldbesitzer für den Schutz des Ökosystems zu vergüten. Somit können sie flexibel handeln und sind nicht mehr nur auf Einnahmen aus Holzverkauf und Jagdpacht angewiesen.

Umweltbildung verstärken durch bessere Vernetzung. Forstämter, Hochschulen und wissenschaftliche Institute müssen besser vernetzt werden, um den Wissenstransfer rund um das Ökosystem Wald zu intensivieren. Wir wollen Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen für die Bedeutung und den Wert unserer Wälder sensibilisieren. Umweltbildung beginnt bei unseren Kindern. Deshalb stärken wir entsprechende Angebote in Kitas und Grundschulen.

Landesforsten, Hochschulen und Naturschutzverbände werden gemeinsam eine Strategie entwickeln, um die Biodiversitätsziele in unseren Wäldern zu erreichen. Mit der Strategie wird ein Zeitplan für die systematische Umsetzung der geplanten Maßnahmen festgelegt.



NABU-Fazit

Im Staatswald ist RLP durch seine FSC-Zertifizierung schon weit gekommen, es müssen aber auch für Kommunal- und Privatwald ambitionierte Ziele gesetzt werden, die mit entsprechenden Anreizen gekoppelt sein können. Konzepte, wie das BAT-Konzept müssen optimiert und flächendeckend umgesetzt werden. Forschungsprojekte zur Klimawirkung und Klimaanpassung unserer Wälder sind dringend umzusetzen.



NABU-Fazit

Der NABU fordert 10 % des Waldes der natürlichen Entwicklung zu überlassen, also jedwede Nutzung einzustellen. Da der Staatswald in Rheinland-Pfalz nur gut ein Viertel der Waldfläche ausmacht, muss entweder eine entsprechend größere Fläche des Staatswaldes unter Prozessschutz gestellt werden oder deutliche Anreize für den Kommunal- und Privatwald gesetzt werden.



NABU-Fazit

Rheinland-pfälzische NATURA 2000-Gebiete liegen großteils im Wald. Durch konsequente Umsetzung der Bewirtschaftungspläne kann hier viel erreicht werden. Die flächige Einführung von FSC, sowie andere Förderkonzepte können insbesondere für den Privatwald zusätzliche Anreize schaffen. Auch die flächendeckende Umsetzung und Optimierung des BAT-Konzeptes kann ein weiterer Baustein sein. Da der Besuchsdruck in einigen Wäldern enorm zugenommen hat, sind Lenkungs-konzepte zu entwickeln.

18. Welche jagdpolitischen Ziele verfolgt Ihre Partei?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: Angepasstes Jagdmanagement. Um die durch Wild entstehenden Schäden in Land- und Forstwirtschaft zu minimieren und die Artenvielfalt und den Erhalt unserer Wälder durch Naturverjüngung zu sichern, muss der Wildbestand dem regionalen Ökosystem angepasst werden. Dies geht nur gemeinsam mit allen Akteuren, insbesondere mit Jägern, Land- und Forstwirte hier wichtiger Partner sind.



NABU-Fazit

Der NABU unterscheidet zwischen Jagd, als nachhaltige Form der Nutzung, und Wildmanagement zur Vermeidung von Umweltschäden durch zu hohe Wildbestände. In Waldflächen mit natürlicher Entwicklung sollte weder Jagd noch Management stattfinden. Zur nachhaltigen Nutzung von Holz als natürlichem Rohstoff, ist das Management von Wild allerdings nötig. Vegetations- und Populationsgutachten können helfen, das Management gezielt und sinnvoll auszugestalten.

Wahlprüfstein V: Klimaschutz und Energiegewinnung

Die Klimakrise ist weltweit spürbar. Sie beeinträchtigt die Lebensgrundlagen von Milliarden von Menschen und bedroht 20 bis 30 Prozent der auf der Erde vorkommenden Arten. Einerseits sind zwingend Maßnahmen zur Anpassung an den unvermeidlichen Klimawandel notwendig, andererseits müssen noch schlimmere Auswirkungen der Klimakrise vermieden werden. Deutschland steht auf Platz 6 der weltweit größten CO₂-Emittenten, daher kommt uns eine besondere Verantwortung zu, einen entsprechenden Beitrag zum Klimaschutz zu leisten – national wie international.

19. Welche Klimaziele verfolgt Ihre Partei für das Land Rheinland-Pfalz?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: Klimaziele funktionieren am besten, je mehr Staaten bzw. Menschen sie mit einbeziehen. Wir unterstützen die durch das Pariser Klimaschutzabkommen vereinbarten Klimazielen 2030 und 2050 für alle Sektoren. Dies beinhaltet unter anderem die (angeglichenen) Klimaziele der EU (z. B. Ausstoß von Treibhausgasen soll bis 2030 um mindestens 55 Prozent unter den Wert von 1990 sinken) und selbstverständlich auch jene der Bundesregierung.

Es ist gut und richtig, dass wir in Rheinland-Pfalz auch unseren Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise beitragen wollen. Gleichzeitig setzen wir darauf nicht nur Zahlen in den Raum zu werfen (z. B. Klimaneutralität bis 2040), sondern konkrete Maßnahmen, Meilensteine und Zwischenziele zu formulieren. Hier unterscheiden wir uns von der aktuellen Landesregierung.

Aktuell ist das vorrangige Ziel, dass wir bis zum Jahr 2030 bilanziell 100 % Strom aus erneuerbaren Energien erzeugen. Dies hilft Umwelt und Wirtschaft zugleich, da erneuerbare Energien mehr und mehr zum Standortfaktor werden.



NABU-Fazit

Die Ziele des Pariser Klimaabkommens müssen eingehalten und ambitioniert verfolgt werden. Hierfür sind auch in Rheinland-Pfalz umfassende Maßnahmen in verschiedenen Sektoren nötig. Dabei sollte, viel mehr als bislang, der Fokus auch auf Einsparpotenziale gerichtet werden.

20. Welche CO₂-Einsparpotenziale sehen Sie im Land?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: In jedem Lebensbereich gibt es Einsparpotenziale. Wir setzen auf einen marktwirtschaftlichen Anreiz (z. B. den Zertifikate Handel), der zuerst dort Einsparungen durchführt, wo diese am schnellsten und günstigsten möglich sind. Es gilt: alle Bereiche (Strom, Wärme, Verkehr, Landwirtschaft) müssen sich bemühen.

Grundsätzlich stehen wir auch dafür, dass das Land seiner Vorbildrolle bewusst ausfüllt. Dies ist noch viel zu wenig der Fall. Wir haben zu den Haushaltsberatungen 2021 einen Antrag eingebracht, dass die Landesregierung einen verbindlichen Sanierungsfahrplan für die Landesliegenschaften erarbeiten soll. Die Fraktionen SPD, FDP und Grüne haben dies jedoch abgelehnt. Der Gebäudebestand bleibt der größte Emittent der Landesverwaltung, hier bedarf es dringend zusätzlicher Anstrengungen.

21. Wie will Ihre Partei diese künftig besser nutzen?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: Wir möchten mit der Vorbildfunktion der Landesverwaltung anfangen und dazu einen Sanierungsfahrplan erstellen.

Darüber hinaus wollen wir existierende Flächen viel besser nutzen. Parkplätze, große Firmengebäude oder kommunale Verwaltungen eignen sich exzellent für die Nutzung der Solarenergie. Der Bestand ist hier eine wunderbare Quelle, die wir nutzen müssen.

Gleiches gilt für die Windenergie. Der Landesentwicklungsplan muss schnellstmöglich überarbeitet werden, damit das große Potenzial an Repowering in Rheinland-Pfalz genutzt werden kann. Neue Standorte sollen durch die regionalen Planungsgemeinschaften erschlossen werden.

22. Wie möchte Ihre Partei CO₂-Senken künftig besser fördern?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: Die wichtigste CO₂ Senken sind unsere Böden und Wälder. Siehe dazu unsere Antwort zum Wahlprüfstein Wald IV. Ebenso leisten unsere Böden einen wichtigen Beitrag, um Kohlenstoff zu binden. Pflanzen wie die Zuckerrübe leisten bereits heute einen Beitrag CO₂ im Boden zu binden. Die Landwirtschaft ist bereit, viel in neue Pflanzensorten, die CO₂ binden und in Maßnahmen zur Bodenverbesserung zu investieren. Das Land muss die hierzu bereitstehenden EU Fördermittel umfassender und schneller abrufen und in die Maßnahmen in die Fläche bringen.



NABU-Fazit

Ohne engagierte Einsparziele, Förderprogramme und Beratungsangebote werden die Klimaschutzziele kaum erreichbar sein. Dabei sind die Einsparpotenziale sehr vielseitig und sollten möglichst flächig genutzt werden. Ein Treibhausgasbudget kann dabei helfen, den Ausstoß transparent zu machen und an den effizientesten Stellen zu reduzieren. Zertifikate sind nur dann sinnvoll, wenn die Preise entsprechend gestaltet werden.



NABU-Fazit

Das Land Rheinland-Pfalz hat ein sehr umfassendes Klimaschutzkonzept mit vielen guten Einsparungsmodellen. Allerdings finden diese Maßnahmen kaum einen Weg in die Öffentlichkeit. Energieeinsparung wird zu oft als unbeliebtes Thema abgestempelt. Wer Klimaschutz machen will, kommt an diesen Fragen aber nicht vorbei. Vorhandene Konzepte müssen viel mehr als bislang in die Umsetzung gebracht werden.



NABU-Fazit

In Rheinland-Pfalz sind vor allem der Wald sowie landwirtschaftliche Flächen, hier insbesondere artenreiches Grünland, wirkungsvolle CO₂-Senken. Um diese Funktion zu stärken, müssen Bewirtschaftungsformen angepasst & Forschungsvorhaben, beispielsweise zum Humusaufbau in landwirtschaftlich genutzten Böden, vorgebracht werden. Moore sind in RLP nur wenige vorhanden, dennoch sollten die bisherigen Bemühungen im Moorschutz weiterverfolgt werden.

23. Welche Klimaziele verfolgt Ihre Partei im Verkehrssektor?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: siehe 19



NABU-Fazit

Reduktion des Individualverkehrs, mehr Elektromobilität und kostenloser ÖPNV sind wichtige Maßnahmen im Verkehrssektor. Nach einem Jahr, in dem aufgrund der Pandemielage sehr viele Menschen von zu Hause gearbeitet haben, sollten auch neue Ansätze durchdacht werden. Die Nutzung von Homeoffice beispielsweise, kann den Individualverkehr deutlich reduzieren.

24. Welche Ziele zum Ausbau erneuerbarer Energien verfolgt Ihre Partei und welche Flächen sind hierfür nötig?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: Eine genaue Bestimmung der Flächen ist derzeit nicht möglich. Technische Fortschritte haben z. B. die Wirksamkeit neuer Windräder in den letzten Jahren massiv erhöht. Stand heute ist es nur schwer zu berechnen, wie viele Windräder für das Ziel 2030 notwendig sein werden.

Eher müssen wir einen Ausbaukorridor mit verpflichtenden Meilensteinen und Zwischenzielen definieren, der dann eingehalten werden muss. Eine solche Berechnung ist Aufgabe der Landesverwaltung.



NABU-Fazit

Die Energiewende ist wichtiger Bestandteil des Klimaschutzes. Eine nahezu 100 %-ige Deckung des Strombedarfs mit erneuerbaren Energien ist zur Erreichung der Klimaziele nötig. Der hohe Flächenbedarf für erneuerbare Energien führt – insbesondere im Falle der Windenergie und Freiflächenfotovoltaik – auch zu Zielkonflikten mit dem Artenschutz, weshalb es einer übergeordneten Bedarfs- und Flächenplanung bedarf, die Klimaschutz und Artenschutz gleichermaßen berücksichtigt.

25. Welche Planungsebene ist Ihrer Meinung nach die geeignete, um diese Ziele umzusetzen?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: Natürlich braucht es dazu eine Zusammenarbeit aller Ebenen. Wir erachten die Landesebene vor allem als Vermittler der Bundesebene, auf der viele Dinge entschieden werden, zur kommunalen Ebene, auf der diese dann umgesetzt werden müssen.

CDU-Landräte und Oberbürgermeister zeigen Tag für Tag, dass sie Klimaschutz können, indem die Ärmel hochgekrempelt werden und nicht nur darüber geredet wird. Wir haben deshalb im Haushalt einen Antrag gestellt, dass die Kommunen zielgerichtet unterstützt werden bei der Errichtung einer PV-Anlage. Vielfach scheitern die guten Initiativen vor Ort nämlich an der schlechten (und verfassungswidrigen) finanziellen Ausstattung unserer Kommunen.



NABU-Fazit

Um eine Vereinbarkeit mit den Zielen des Arten-, Natur-, und Landschaftsschutzes zu erreichen, ist die Planung auf Ebene der Regionalen Planungsgemeinschaften zwingend erforderlich. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass eine Verlagerung der Planung auf die kommunale Ebene nicht nur auf Kosten des Naturschutzes geht, sondern auch die Akzeptanz der Windenergie massiv beeinflusst und zu massiven Konflikten innerhalb vieler Gemeinden geführt hat.

26. Wie sollen die Ausbauziele mit dem Artenschutz in Einklang gebracht werden?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: Der Ausbau der erneuerbaren Energien hat Auswirkungen auf den Biotop- und Artenschutz. Die Folgen von Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen auf die Natur und Umwelt sind im Rahmen von Genehmigungsverfahren gründlich zu prüfen. Bereits auf regionalplanerische Ebene ist die

Umweltverträglichkeit großräumig zu prüfen. Zusätzlich müssen durch Forschungs-kooperationen neue Schutzkonzepte für Arten und Lebensräume entwickelt werden, die durch den Ausbau erneuerbarer Energien gefährdet werden. Ein weiterer Umbruch von Grünland für den Energiepflanzenbau ist zu verhindern. Die Nutzung von Grenzertragsflächen für Fotovoltaikanlagen ist hinsichtlich artenschutzrechtlicher Belange kritisch zu prüfen.



NABU-Fazit

Die Klimakrise und das Artensterben sind zwei globale Krisen, die gleichwertig behandelt werden müssen. Aus diesem Grund ist der Artenschutz auch im Zuge von Klimaschutzmaßnahmen gleichwertig zu berücksichtigen. Hierfür sind einheitliche Fachstandards zu entwickeln und umzusetzen, zudem müssen Behörden personell in die Lage versetzt werden, Planungsvorhaben effizient zu begleiten und hohe Qualitätsstandards zu sichern.

Wahlprüfstein VI: Gewässerschutz

Obwohl sich die Qualität des Wassers seit Jahren verbessert hat, sind viele unserer Bäche und Flüsse in einem schlechten Zustand. Noch immer sind zu viele Bäche zu Kanälen ausgebaut, deren einzige Aufgabe es ist, den Abfluss des Regenwassers sicherzustellen. Statt über Stock und Stein fließt das Wasser hier in Rinnen und Kanälen. Steile Ufer und künstliche Betonbauwerke verhindern, dass Lebewesen wandern und sich so ausbreiten können. Sauberes Wasser alleine reicht also nicht aus – es kommt auch darauf an, wie und wo das Wasser fließt. Es fehlen natürliche Bachbettstrukturen, Materialien wie Kies und Totholz und eine standortgerechte, natürliche Ufervegetation. Der Klimawandel führt zu regional unterschiedlichen Veränderungen der Niederschläge in Menge und Zeitraum. Die letzten 'Dürrejahre' haben die Konkurrenz verschiedenster Nutzer (Landwirtschaft, Verkehr, Industrie, Haushalte) auf das elementare Gut Wasser deutlich gemacht. Regenrückhalt in der Fläche und Grundwasserschutz und -anreicherung gewinnen an Bedeutung.

27. Wie will Ihre Partei die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (auch mit Blick auf den Schutz des Grundwassers) gewährleisten?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: Auch hier ist ein wirksames Mittel Grundwasser zu schonen, die Förderung von Beregnungsverbänden. Die Verbände, wie der Beregnungsverband Vorderpfalz, entnehmen kein Grundwasser, sondern nutzen Uferfiltrate des Rheins zur Bewässerung. Das ist aktiver Grundwasserschutz, weil das oberflächlich durch die Flächenversiegelung zu schnell abfließende Oberflächenwasser wieder in den natürlichen Kreislauf gebracht wird.



NABU-Fazit

Der Gewässerschutz erfordert eine ambitionierte Umsetzungsstrategie und wirksame Förderinstrumente, um Renaturierungsmaßnahmen an Gewässern und insbesondere in den Auen voranzubringen. In Regionen mit hohen Nitratbelastungen scheint einzig eine strikte Nutzung des Ordnungsrechtes wirkungsvoll zu sein.

28. Wie will Ihre Partei die dringende Notwendigkeit eines intelligenten Wassermanagements erreichen?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie ist weiter konsequent umzusetzen. Die Renaturierung von Bächen und Flüssen und die Schaffung schützender Gewässerrandstreifen ist ein wichtiger Bestandteil unserer Umweltschutzpolitik. Es gilt dort wo möglich weitere Überflutungsflächen zu schaffen, um die steigende Hochwassergefahr einzudämmen. Ebenfalls ist das intelligente Wassermanagement integraler Bestandteil einer umfassenden Klimaanpassungspolitik. Zur Erreichung dieses Zieles und zur besseren Akzeptanz der Maßnahmen der Bevölkerung ist die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Institutionen, Forschungseinrichtungen und Naturschutzverbänden auszubauen. Hierzu soll an zentraler Stelle eine Koordinierungsstelle geschaffen werden.



NABU-Fazit

Über Jahre hinweg wurden Landschaften gezielt entwässert, um sie besser nutzbar zu machen. Nun müssen Instrumente geschaffen werden, die eine Wiedervernässung solcher Flächen fördern. Die vergangenen trockenen Jahre haben aber darüber hinaus auch gezeigt, wie wichtig ein gutes Wassermanagement ist. Unter Beteiligung verschiedener Akteur*innen sollte eine landesweite Konzeption erarbeitet werden, um die verschiedenen Aspekte der Nutzung und des Wasserschutzes besser zusammenzuführen.

Wahlprüfstein VII: Artenvielfalt und Biodiversitätsstrategie

Biologische Vielfalt bezeichnet neben der Vielzahl der Arten auch die Vielfalt der Lebensräume und die genetischen Besonderheiten innerhalb der Arten. In ihrem Facettenreichtum bildet die biologische Vielfalt die existenzielle Grundlage des menschlichen Lebens. Tiere, Pflanzen, Pilze oder Mikroorganismen sorgen für sauberes Wasser, frische Luft, ein angenehmes Klima und fruchtbaren Boden für gesunde Nahrungsmittel. Aber die biologische Vielfalt ist hochgradig gefährdet, in Deutschland ebenso wie weltweit. Die Roten Listen, also die Verzeichnisse der gefährdeten, verschollen und ausgestorbenen Tier- und Pflanzenarten, Artengesellschaften und Biotoptypen, werden immer länger. Der Grund dafür liegt oftmals in der übermäßigen Nutzung der natürlichen Ressourcen und in der hohen Flächeninanspruchnahme, wodurch Lebensräume beeinträchtigt und zerstört werden. Aber auch der vom Menschen verursachte Klimawandel beeinträchtigt Arten und Lebensräume vor Ort. Das gefährdet die Lebensgrundlage der Menschen und den Nutzen biologischer Vielfalt für jeden Einzelnen.

29. Wie steht Ihre Partei zu einer ressortübergreifenden Biodiversitätsstrategie im Land?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: Wir unterstützen und fördern die Entwicklung einer ressortübergreifenden Biodiversitätsstrategie. Hierzu gilt es wichtige Treiber (den institutionellen Naturschutz, Forstwirtschaft, Landwirtschaft, Industrie, Forschungseinrichtungen und Naturschutzverbände) einzubinden. Es wird ein runder Tisch geschaffen, der die Grundlage für eine gemeinsame, ressortübergreifende Biodiversitätsstrategie-Entwicklung ist. Unterstützt und gesteuert wird dieser Prozess durch die neu zu schaffende Position eines Staatssekretärs für Bioökonomie in der Staatskanzlei.



NABU-Fazit

Eine ressortübergreifende Biodiversitätsstrategie ist unerlässlich. Eine Abstimmung über Ressortgrenzen hinweg, die aber letztlich keine verbindlichen Ziele für Ressorts jenseits des Umweltministeriums definiert, ist dabei wenig zielführend. So müssen beispielsweise auch in den Bereichen Verkehr und Bauen verbindliche Ziele als fester Bestandteil einer tragfähigen Biodiversitätsstrategie definiert sein. Ansonsten bleiben entscheidende Aspekte außen vor.

30. Wie möchte Ihre Partei dem Artenschwund im Land entgegenwirken?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: Der fortschreitende Artenschwund ist nur durch eine Kooperation aller Landnutzer wirkungsvoll zu bremsen. Arten- und Biotopschutz sollen landesweit deutlich ausgebaut werden. Hierzu gilt es die vielen oft nur lokal durchgeführten Naturschutzmaßnahmen konsequent auf die übrigen Flächen des Landes auszuweiten.



NABU-Fazit

Rheinland-Pfalz benötigt eine umfassende Strategie zum Erhalt der Biodiversität. Dazu zählen nicht nur weitreichende Monitoringprogramme, die gezielte Artenhilfsprogramme erst ermöglichen. Ressortübergreifend müssen auch ambitionierte Ziele für Verkehr, Bauen und Landwirtschaft definiert werden. Mehr landeseigene Artenschutzprogramme müssen entwickelt und die Umsetzung durch ausreichend Personal sichergestellt werden.

31. Wie steht Ihre Partei zur Wiederansiedlung ehemals heimischer Arten?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: Die Wiederansiedlung ehemals heimischer Arten ist immer im Einzelfall zu prüfen. Generell ist es zu begrüßen, wenn ehemals heimische Arten sich wieder ansiedeln und ausbreiten. Die Neuansiedlung durch Auswilderungsprogramme kann einen Beitrag zur Steigerung der biologischen Vielfalt sein, muss aber immer wissenschaftlich begleitet werden und unter strengen Auflagen durchgeführt werden.



NABU-Fazit

Für den NABU ist klar, dass Arten, die ehemals bei uns heimisch waren und von alleine wieder zurückkehren, wie der Wolf, unseren Schutz bedürfen. Für Konflikte müssen gemeinschaftliche Lösungen gefunden werden. Aktive Wiederansiedelung kann im Einzelfall für bestimmte Tierarten ebenfalls sinnvoll sein, wenn die Lebensraumbedingungen und gesellschaftlichen Voraussetzungen gegeben sind.

32. Welche Artenhilfsprogramme plant Ihre Partei?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: Die Entwicklung von Artenhilfsprogrammen erfolgt in enger Zusammenarbeit mit Experten aus dem institutionellen und ehrenamtlichen Naturschutz. Die Zusammenarbeit mit Forschungseinrichtungen und Hochschulen ist ein zentrales Element zur wissenschaftlichen Begleitung dieser Programme.



NABU-Fazit

In Rheinland-Pfalz fehlt es aktuell an großflächig und vor allem langfristig angelegten Artenhilfsprogrammen, die auch mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet sind. Es wird begrüßt, dass immer wieder Projekte zum Schutz einzelner Arten oder Artengruppen gefördert werden. Landeseigene Artenhilfsprogramme, die nicht an Förderzeiträume gebunden sind, können auf diese Weise aber nicht ersetzt werden.

Wahlprüfstein VIII: Beteiligungsrechte

Das Artensterben schreitet noch immer ungebremst voran, die Emissionen von Treibhausgasen steigen, wichtige Naturräume sind weit davon entfernt, das von der europäischen Staatengemeinschaft beschlossene Ziel eines „günstigen Erhaltungszustandes“ zu erreichen. Neben anderen Faktoren ein Grund: Unterschiedlichste Bauvorhaben mit ihren umfangreichen Eingriffen beeinträchtigen vor allem durch ihre Lage, Auswirkungstiefe und schlichte Größe die Natur und Umwelt. Naturschutzverbände können unter bestimmten Voraussetzungen gegen Genehmigungen oder Planfeststellungsbeschlüsse vor Gericht ziehen, wenn zuvor aus ihrer Sicht schriftlich formulierte Anregungen und Bedenken im vorgeschalteten Beteiligungsverfahren nicht im rechtlich nötigen Umfang in die Genehmigung Eingang finden.

33. Wie steht Ihre Partei zu den Beteiligungs- und Klagerechten der Naturschutzverbände?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: Derzeit scheitern wichtige Infrastrukturprojekte und der Ausbau von Erneuerbaren Energien auch an langwierigen Genehmigungs- und Klageverfahren. Das führt zu enormen wirtschaftlichen Schäden, spaltet die Gesellschaft und schwächt das Vertrauen in politische Entscheidungen. Die Wirtschaft fordert daher zu Recht, mehr Verlässlich- und Planbarkeit und insbesondere die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Das Verbandsklagerecht darf nicht dazu führen, dass dieses pauschal für die Blockade von Infrastrukturprojekten benutzt wird. Wir wollen, dass die Sorgen der Menschen um die Gesundheit und die Umwelt ernst genommen werden und Gehör finden. Wir brauchen eine neue Beteiligungskultur, die effizienter und schneller zu Ergebnissen kommt und berechtigte Einwände berücksichtigt. Digitale Beteiligungsverfahren können dazu einen Beitrag leisten und werden von uns ausdrücklich unterstützt. Umweltverbände sollen klagen dürfen, wenn die Belange des entsprechenden Verbands direkt betroffen sind oder eine ordnungsgemäße Beteiligung der Umweltverbände im Genehmigungsverfahren nicht gegeben war.



NABU-Fazit

Eine Begrenzung oder gar Abschaffung der Beteiligungs- und Klagerechte ist für den NABU ein absolutes No-Go. Vielmehr ist es aber sehr erstrebenswert, wenn durch qualitativ hochwertige Planungs-, Beteiligungs- und Genehmigungsprozesse, Klagen weniger notwendig wären. Da die Klagerechte der Umsetzung des Artenschutzrechts dienen, sind sie nötig, so lange ein Umsetzungsdefizit im Artenschutzrecht erkennbar ist.

Wahlprüfstein IX: Naturschutzverwaltung

Eines der größten Probleme im Natur- und Umweltschutz ist das enorme Vollzugsdefizit. Zwar sind die vorhandenen Gesetzgebungen und Regelungen sehr gut, der Vollzug liegt aber oftmals im Argen. So kam auch der EU-Fitnesscheck zur FFH-Richtlinie zu dem Ergebnis, dass die Richtlinie ein grundsätzlich gut geeignetes Instrument ist, die Naturschutzziele zu erreichen, es aber an der Umsetzung mangelt. Zuständig für den Vollzug der Naturschutzrichtlinien sind auch in Rheinland-Pfalz die Naturschutzverwaltungen. Seit vielen Jahren geht die Personalausstattung der Verwaltung in Rheinland-Pfalz jedoch zurück. Das Landesamt für Umwelt steht im deutschlandweiten Vergleich sogar auf dem zweitletzten Platz, wenn es um die Personalausstattung geht.

34. Wie will Ihre Partei die Personalsituation in den Naturschutzverwaltungen verbessern?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: Die Personalsituation in den Naturschutzverwaltungen muss deutlich verbessert werden. Für die Umsetzung und Steuerung der Artenhilfsprogramme, der Biodiversitätsstrategie und der ökologischen naturnahen Waldumwandlung sind neue Experten einzustellen. Dazu zählt aber auch, dass das Land sich als attraktiver Arbeitgeber stärker um die Fachkräfte bemüht. Hierbei setzen wir auf duale Studienangebote, attraktive Hochschulen und länderübergreifende Kooperationen. insbesondere bei der Fachkräfteausbildung für die Forstämter.



NABU-Fazit

Für die rheinland-pfälzischen Behörden ist ein Personalentwicklungsprogramm umzusetzen. Dies beinhaltet Konzepte zur Ausbildung, um qualifiziertes Personal auch in Zukunft binden zu können, sowie die Schaffung neuer Stellen. Insbesondere das Landesamt für Umwelt, die Oberen, sowie die Unteren Naturschutzbehörden leiden an einem massiven Personalmangel. Um dem bestehenden Umsetzungsdefizit im Naturschutz entgegenzuwirken ist eine deutliche Personalaufstockung nötig.

Wahlprüfstein X: Würdigung des Ehrenamtes

Ohne das Engagement der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer wäre es um die wildlebenden Pflanzen und Tiere mit ihren Lebensräumen schlecht bestellt. Die Herausforderungen im Arten- und Klimaschutz können nur unter aktiver Beteiligung einer engagierten Öffentlichkeit bewältigt werden.

35. Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um das ehrenamtliche Engagement zu fördern?

*Antwort der CDU Rheinland-Pfalz 35 und 36: Antwort umfasst Frage 35 und 36: Ehrenamt auch gerade im Bereich Natur- und Umweltschutz muss deutlich mehr gewürdigt werden. Gerade im Naturschutz wird der Großteil der Projekte und Daten durch ehrenamtliche Unterstützer*innen geleistet. Wir wollen das Freiwillige Ökologische Jahr ausweiten. Mit umweltpädagogischen Angeboten, sollen bereits junge Menschen für das Ehrenamt begeistert werden. Förderpreise und Prämien für vorbildliches ehrenamtliches Handeln und innovative Projekte sehen wir als ein gutes Mittel an, um ehrenamtliche Arbeit wertzuschätzen.*



NABU-Fazit

Es wird explizit begrüßt, dass immer wieder Projekte zur Förderung des Ehrenamtes unterstützt werden. Diese gilt es künftig weiter auszubauen. Dabei ist bei der Entscheidung über Förderzeiträume zu beachten, dass die langfristige Aktivierung und Förderung von dauerhaften ehrenamtlichen Strukturen viel Zeit benötigt, insbesondere an Stellen, wo bislang noch keine oder nur wenige Strukturen vorhanden sind.

36. Wie wollen Sie das Engagement künftig mehr würdigen?

Antwort der CDU Rheinland-Pfalz: siehe 35



NABU-Fazit

Ehrenamt im Naturschutz hat in der Vergangenheit zunehmend wichtige Aufgaben des Landes übernommen, gleichzeitig wurde dies nicht immer mit einer gesteigerten Wertschätzung honoriert. Zwar existieren Wertschätzungsmechanismen des Landes, die auch begrüßt werden, im täglichen Umgang erfahren ehrenamtlich Tätige aber zunehmend das Gegenteil, auch seitens der Politik. Diese Diskrepanz zwischen herausgehobener Würdigung und täglichem Umgang muss dringend abgebaut werden.